

Freihandel: Schweiz gefordert

WASHINGTON sda. Ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA setzt die Schweiz aus Sicht von Bundesrat Johann Schneider-Ammann nicht unter Druck. Die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft seien gut. «Die Schweizer Wirtschaftszweige kommen gut zurecht», sagte Schneider-Ammann gestern in Washington.

Falls das Abkommen zu Stande komme, sei die Schweiz aber herausgefordert. Wichtig sei, dass der Schweiz dadurch keine Nachteile entstünden, erklärte der Bundesrat. Die EU und die USA führen zurzeit Gespräche über eine Vereinbarung, die den Handel zwischen den Wirtschaftsräumen vereinfachen würde. Ein Abkommen würde frühestens im Jahre 2016 in Kraft treten.

Fortschritte in Doha-Runde nötig

Die Schweiz sei an offenen Märkten interessiert, betonte der Bundesrat. Deshalb sei wichtig, dass im Dezember in Bali bei den Doha-Verhandlungen über die Liberalisierung des Welthandels Fortschritte erzielt würden, sagte Schneider-Ammann. Die Verhandlungen unter Federführung der Welthandelsorganisation (WTO) sind wegen unterschiedlichen Vorstellungen von Industrie- und Schwellenländern blockiert.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann ist wegen der Frühjahrskonferenz des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank nach Washington gereist. Im Rahmen dieses Aufenthalts unterzeichnete er auch zwei Abkommen über je 2,5 Millionen Franken für Weltbankprojekte. Die von der Schweiz unterstützten Initiativen der Weltbank und deren Privatsektor-Ableger IFC befassen sich mit der Bewertung und Berücksichtigung natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gestern in einem Mediencommuniqué mitteilte.

Zusammen mit Schneider-Ammann weilen auch Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und Nationalbankpräsident Thomas Jordan in Washington.

Grossbritannien stellt sich quer

BRÜSSEL sda. Grossbritannien geht juristisch gegen die geplante Finanztransaktionssteuer von elf Euroländern vor. Das Land fürchtet Auswirkungen der Abgabe auf Finanzgeschäfte über die Euroländer hinaus und dabei auch für sich. Am Donnerstag wandte sich die Londoner Regierung deshalb an den Europäischen Gerichtshof, wie Finanzminister George Osborne gestern am Rande eines Treffens mit seinen Kollegen beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington sagte.

«Wir sind nicht grundsätzlich gegen Transaktionssteuern», sagte Osborne. Grossbritannien fürchte aber, dass die von der Europäischen Kommission initiierte Steuer auch über die daran beteiligten Länder hinaus Auswirkungen hat. London beheimatet den grössten Finanzplatz Europas. Am Widerstand unter anderem der Briten scheiterte nicht zuletzt deshalb der Versuch, die Finanztransaktionssteuer auf die gesamte EU auszudehnen.

Am Donnerstag lief eine Frist für Einwände gegen die geplante Steuer auf Geschäfte mit Aktien, Anleihen und Derivaten ab, die im Januar 2014 in den elf Euroländern eingeführt werden soll. Sie soll jährlich 35 Milliarden Euro einbringen – als Ausgleich der Banken für die Hilfen während der Finanzkrise.

Widerstand auch aus Italien

Auch Italien machte am Freitag Front gegen die Steuer. Die Regierung in Rom werde die Abgabe nicht billigen, wenn sie auch auf den Handel mit Staatsanleihen angewendet werde, sagte Italiens EU-Botschafter, Ferdinando Nelli Feroci, vor Journalisten in Brüssel. «Unsere Position ist in diesem Punkt nicht verhandelbar», fügte er hinzu.

Groupe Mutuel sorgt für Unmut

KRANKENKASSEN Immer wieder schert die Groupe Mutuel aus und untergräbt mühsam errungene Branchenkompromisse: Jetzt haben andere Kassen genug von der Westschweizer Nr. 1.

SERMIN FAKI
sermin.faki@luzernerzeitung.ch

In der Krankenkassenbranche rumort es. Prämienausgleich, Spitalfinanzierung, Aufsichtsgesetz – in kaum einem Bereich können sich die Schweizer Versicherer auf eine Position einigen. In den letzten Tagen sorgte die Groupe Mutuel für Aufregung. Sie hatte, gemeinsam mit weiteren zehn Kassen, eine Resolution verabschiedet, die sich gegen eine Verschärfung des Risikoausgleichs wehrt (siehe Box).

Tritt Helsana aus?

Früher sprach ein Verband für die Krankenkassen: Santésuisse. Doch diese Zeiten sind vorbei. Unterdessen gibt es den Zusammenschluss der kleinen Krankenkassen RVK, der politisch nicht in Erscheinung tritt, und die Allianz Schweizer Krankenversicherer (ASK). Diese wurde vor zwei Jahren von den grossen Kassen Sanitas, Helsana und Groupe Mutuel gegründet. Als Präsident konnte der renommierte Gesundheitsökonom Heinz Locher gewonnen werden.



«Das einzige, was die Branche derzeit eint, ist die Opposition gegen die Einheitskasse.»

FELIX SCHNEUWLY,
KRANKENKASSE-EXPERTE

Während die Sanitas bereits früher aus Santésuisse ausgetreten ist, sind Groupe Mutuel und Helsana in beiden Verbänden aktiv. Noch. Denn Locher weist in letzter Zeit häufig darauf hin, dass der nächste Kündigungstermin der Mitgliedschaft bei Santésuisse am 30. Juni ist, wie mehrere Quellen bestätigen. «Und er wird wohl nicht ungenutzt verstreichen», fügte er jeweils hinzu.

Yves Seydoux, Sprecher der Groupe Mutuel, betont jedoch: «Die Groupe Mutuel will auch weiterhin Mitglied bei Santésuisse bleiben. Einen Austritt hat sie nie in Erwägung gezogen.» Austrittswillig – so heisst es – sei aber Helsana. Diese hält sich jedoch bedeckt: «Das sind verbandinterne Diskussionen, zu denen wir uns in der Öffentlichkeit nicht äussern», so Helsana-Sprecher Rob Hart-



Einzig beim Kampf gegen die im Mai 2012 eingereichte Initiative für eine Einheitskasse sind sich die Krankenkassen einig.

Keystone/Peter Schneider

mans. Klar ist hingegen, dass ein Austritt von Helsana die Santésuisse hart treffen würde. Die Versicherung zahlt jedes Jahr etwa 2,5 Millionen Franken Mitgliederbeitrag an den Verband.

Jetzt reicht es den anderen

«Das einzige, was die Branche derzeit eint, ist die Opposition gegen die Einheitskasse», sagt Krankenkassen-Experte Felix Schneuwly vom Vergleichsdienst Comparis. Doch nicht einmal mehr dieses existenzielle Thema vermag die Spannungen zu überbrücken, wie Recherchen der «Zentralschweiz am Sonntag» zeigen. Gingen Insider noch bis vor kurzem davon aus, dass die absehbare Atomisierung der Branche bis nach der

Abstimmung über die Einheitskasse ausbleiben wird, ist davon nun keine Rede mehr. Mehrere Krankenkassen fordern eine schnelle Klärung. Konkret soll das Thema Doppelmitgliedschaft auf den Tisch. Die sorgt nämlich wegen unterschiedlicher Positionen immer wieder für Ärger. Wie kann – so fragen sich viele Versicherer – eine Krankenkasse in diesem Verband Ja sagen und im anderen Verband Nein?

«Verbände sind politisch gelähmt»

Grund für den Unmut ist vor allem die Groupe Mutuel, die immer wieder ausschere und Verbandspositionen untergrabe – wie eben beim Risikoausgleich. So werde das bisschen Vertrauen zerstört,

Bürgerliche sind verärgert

RESOLUTION fak. «Vielen Dank an die Groupe Mutuel für die Unterstützung der Einheitskasse», twitterte der Freiburger SP-Nationalrat Jean-Francois Steiert letzte Woche. Was war passiert? Die grösste Westschweizer Krankenversicherung hatte den Mitgliedern der Subkommission KVG, die sich aus Mitgliedern der nationalrätlichen Gesundheitskommission zusammensetzt, eine Resolution zukommen lassen. «Zum Ausbau des Risikoausgleichs: Ja, aber», war diese im Namen von 14 Kassen (darunter vier der Groupe Mutuel) überschrieben. Und das «Aber» ist so gewichtig, dass die derzeit in der Kommission beratene Verfeinerung des Risikoausgleichs verhindert würde: Man solle erst die Wirkungsanalyse der letzten Verfeinerung abwarten, lautete eine Forderung. Das wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres der Fall sein, wie das Bundesamt für Gesundheit sagt. Es komme nur noch eine letztmalige Verfeinerung in Frage, lautete die andere.

Geschäftsmodell Risikoselektion

Bei bürgerlichen Parlamentariern war danach der Teufel los. «Kontraproduktiv» sei das Vorgehen, meint die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel, die ihre Verwunderung auch Groupe-Mutuel-CEO Thomas Grichting mitteilte. Auch der Tessiner FDP-Gesundheitspolitiker Ignazio Cassis sagt, «um 5 vor 12» mit einem wenig konstruktiven Vorschlag zu kommen, sei unüblich und nicht zielführend. Damit hätten die Versicherer für «Wind unter den Flügeln» der Einheitskasse gesorgt. Auch Krankenkassen-Experte Felix Schneuwly sagt, das Vorgehen sei ungeschickt gewesen: «Ein intelligenter Risikoausgleich ist das Kernelement aller guten Reformideen im Interesse der gesunden und kranken Versicherten.»

Doch warum agiert die Groupe Mutuel so? Weil ihr Geschäftsmodell in der Risikoselektion liegt, sagen Kritiker. Und das wird mit besserem Ausgleich weniger attraktiv.

das die Branche bei Kantonen, Leistungserbringern und Versicherten noch habe.

Weder Santésuisse noch ASK lassen sich derzeit in die Karten schauen. Santésuisse-Sprecher Paul Rhyn bestätigt lediglich, dass die Doppelmitgliedschaft immer mal wieder zu Diskussionen führe. Und bei der ASK heisst es sybillinisch, im Juni wisse man mehr.

Für Experte Schneuwly ist klar, dass es so nicht mehr lange weitergehen kann: «Santésuisse und ASK sind aktuell politisch gelähmt, und der RVK hält sich aus der Politik raus», diagnostiziert er. «Dabei bräuchte es die Stimme der Versicherungen als Treuhänder der Versicherten bei den aktuellen Reformvorhaben umso mehr.»

Mit einem Mausklick zu fairer Mode

KONSUM Eine neue Website hilft Konsumenten, coole Mode nach sozialen und ökologischen Kriterien zu finden. Am Dienstag geht sie online.

Am Dienstag ist es soweit: Dann startet www.getchanged.net in der Schweiz, Deutschland und Österreich. Es gibt Informationen und Hintergründe zu Materialien und Produktionsbedingungen. Und die Konsumentenplattform des von Katharina Wehrli und Mark Starman initiierten Schweizer Startups verbindet Modeinteressierte direkt mit Firmen und Läden, die nicht nur nach hohen Kriterien sozial und ökologisch hergestellte Kleider und Accessoires anbieten, sondern die auch auf

Design und hochwertige Materialien Wert legen. «Mit www.getchanged.net soll es für jeden leichter werden, faire Mode zu finden und einzukaufen», sagt Katharina Wehrli. «Am Dienstag starten wir mit fast 50 Firmen und 80 Shops im deutschsprachigen Raum. Wir ergänzen dann laufend.» In Luzern sind es beispielsweise die Shops Changemaker und Erfolg.

Auch die Grossen springen auf

Wie wichtig Transparenz im Bereich der Mode ist, zeigt das Beispiel H&M. Auch der schwedische Kleidermulti will sich das Geschäft mit nachhaltig produzierter Mode nicht entgehen lassen. Die Frühjahrskollektion Conscious-Exclusive-Linie lockt mit Teilen aus Recycling-Fasern. Bio-Baumwolle, Recycling-Polyester, Recycling-Polyamid und die aus Holzzellstoff gewonnene Faser Tencel sind – anteilmässig, aber nicht aus-

schliesslich – in den modischen Stücken enthalten. Während das die einen als Schritt in die richtige Richtung sehen, sind andere Experten kritischer.

Die H&M-Kampagne stehe im Gegensatz zur Arbeitsrealität in Asiens Textilfabriken, bemängelt die Entwicklungsorganisation Erklärung von Bern. «Allein in Kambodscha sind 2010 mindestens 2900 Näherinnen in Ohnmacht gefallen, mehrere hundert davon in H&M-Zulieferbetrieben», schreibt die Organisation. Wegen zu tiefer Löhne seien viele Arbeiterinnen unterernährt. Gemäss der Erklärung von Bern gehören GAP, Levis, Zara und H&M zu den Hauptauftraggebern in Kambodscha.

Gegenüber «Zentralschweiz am Sonntag» rechtfertigt sich Ana Bobicanec von H&M Schweiz: «H&M besitzt keine Fabriken – und wir legen die Löhne der Fabrikarbeiter weder fest, noch bezahlen wir sie. Unser Verhaltenscodex enthält

die deutliche Absicht, dass der Lohn es den Arbeitern ermöglichen muss, für sich selbst und ihre Familien zu sorgen.» Für die Existenzsicherung benötigt eine Familie in Kambodscha laut der Erklärung von Bern 274 Dollar – der staatliche Mindestlohn liegt zurzeit bei 75 Dollar.

«Eine Alternative zu H&M und Co.»

«Get Changed bietet faire Alternativen zu den schnelllebigen und dadurch im Gesamten wenig umweltfreundlichen Kollektionen von Firmen wie H&M oder Zara», sagt Mark Starman. «Die bei uns registrierten Firmen haben die Nachhaltigkeit fest in ihre Firmenphilosophie integriert. Sie verwenden beispielsweise zu 100 Prozent zertifizierte Biobaumwolle, die auch umweltfreundlich weiterverarbeitet wird.»

MAX FISCHER
wirtschaft@luzernerzeitung.ch